

**\*(4)  
Chinesisch-indische Grenzverhandlungen: Licht am Ende des Tunnels?**

Im September 1993 hatte der indische Ministerpräsident Rao die VR China besucht und dabei u.a. ein "Abkommen über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden entlang der Waffenstillstandslinie an der chinesisch-indischen Grenze" geschlossen. (Dazu C.a., September 1993, Ü 1)

Um diese Abmachung mit Leben zu füllen, kam am 3. und 4. Februar eine 12köpfige chinesische Delegation aus Vertretern der Diplomatie und des Militärs nach Delhi und verhandelte dort über vertrauensbildende Maßnahmen, vor allem über eine Reduzierung der beiderseitigen Truppenstärken - also über Präliminarien für weitere Abgrenzungsmaßnahmen.

1962 war es zwischen beiden Seiten im Himalaya-Bereich an drei Stellen zu militärischen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen es um Flächen von immerhin 128.000 qkm ging. Der Krieg hatte zu einem jahrelangen Einfrieren der diplomatischen Beziehungen geführt. Erst der Besuch des ehemaligen indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi i.J. 1989 in der VRCh hatte eine politische Wiederannäherung eingeleitet.

Militärisch freilich ist auch 32 Jahre nach den Auseinandersetzungen alles beim alten geblieben. Indien unterhält in den Kampfgebieten nach wie vor rd. 60.000 Soldaten, auf chinesischer Seite dürften es sogar noch mehr sein.

Um hier nun endlich "Nägel mit Köpfen zu machen", ist es seit dem Rao-Besuch zu einer Reihe hochrangiger Gespräche zwischen beiden Seiten gekommen. U.a. besuchte im Dezember 1993 die bis dahin höchste VBA-Delegation die Republik Indien.

Am 3. und 4. Februar fand nun die erste Verhandlungsrunde über den Rückzug der beiderseitigen Truppen von der LAC (line of actual control) statt, die erste ihrer Art überhaupt. Es wurde beschlossen, die Gespräche in Beijing zu einem späteren, noch nicht genauer präzisierten Zeitpunkt fortzusetzen. (XNA, 4. und 5.2.94)

Beide Seiten zeigten sich nach der Beendigung der zweitägigen Gespräche "zufrieden", ohne allerdings genauere Einzelheiten mitzuteilen. -we-

**\*(5)  
China und der Bosnien-Konflikt**  
(siehe hierzu das Thema im vorliegenden Heft) -we-

---

## Innenpolitik

---

**\*(6)  
Die chinesische Führung präsentiert sich zum Frühlingsfest: Deng Xiaoping und Chen Yun im Fernsehen**

Wie in der Vergangenheit zeigte die chinesische Führungsspitze auch dieses Jahr zum Frühlingsfest eine starke Medienpräsenz. Das wichtigste Ereignis war der Auftritt des 89jährigen Deng Xiaoping in Shanghai. Deng hatte seit 1988 alljährlich das Frühlingsfest in der Küstenmetropole gefeiert. Mit Spannung erwartet wurde sein Erscheinen, weil das Fernsehen seit einem Jahr keine Bilder des wichtigsten chinesischen Politikers gezeigt hatte. Nun war zu sehen, wie er, von seinen beiden Töchtern Deng Rong und Deng Nan gestützt, lokalen Funktionären und pensionierten Kadern seine Neujahrswünsche übermittelte.

Dengs Verfassung hat sich gegenüber dem letzten Jahr offensichtlich stark verschlechtert. Er wirkte geistig abwesend, sein Gesicht blieb ausdruckslos, und sein Gehör scheint so geschwächt, daß seine Töchter das, was die Gäste zu Deng sagten, unmittelbar an dessen Ohr laut wiederholen mußten. Deng soll sich auf dem Empfang zuversichtlich über die Entwicklungsmöglichkeiten Shanghais geäußert haben. Es gab jedoch keine Tonübertragung von seinen Äußerungen.

Angesichts des gesundheitlichen Verfalls ist davon auszugehen, daß Deng nicht mehr in der Lage ist, den persönlichen Kontakt zu anderen Führungsmitgliedern aufrechtzuerhalten und die Tagespolitik kontinuierlich zu verfolgen. So kommt seiner Entourage, also besonders seinen Töchtern und seinem langjährigen Privatsekretär Wang Ruijin, eine Schlüsselposition in der chinesischen Politik zu: Diese bestimmen, welche Informationen Deng erhält und wer Zugang zu ihm hat, wahrscheinlich formulieren sie sogar Stellungnahmen in seinem Sinne. Bisher scheinen Dengs Vertraute mit der ihnen zuge-

wachsenen Macht sehr viel verantwortungsvoller umzugehen als die Umgebung Maos vor dessen Tod in den Jahren 1975 und 1976: Damals hatte Maos Neffe Mao Yuanxin im Zusammenspiel mit Jiang Qing (Maos Frau) eine sehr zwielichtige Rolle in den Auseinandersetzungen und Entscheidungsvorgängen innerhalb der Parteispitze gespielt.

Obwohl kaum vorstellbar ist, daß Deng noch einmal aus eigener Initiative richtungweisend ins aktuelle politische Geschehen eingreifen könnte, so füllt er doch weiterhin eine kardinale symbolische Rolle als Leitfigur der Reformpolitik aus: Sein Tod könnte die Transformation zu einer "Sozialistischen Marktwirtschaft", die von orthodoxen Kräften in der Parteiorganisation als Abkehr von den ursprünglichen Zielen der Revolution angesehen wird, ins Stocken bringen.

Warum hat man Deng Xiaoping zum Frühlingsfest in einem so bemitleidenswerten Zustand präsentiert? Einige China-Beobachter spekulieren über eine Intrige orthodoxer Kräfte im Propaganda-Apparat, die beabsichtigt hätten, den "Chefarchitekten" der Reformen in seiner Altersschwäche bloßzustellen und damit den Übergang zur "Sozialistischen Marktwirtschaft" zu sabotieren.

Nach den vorliegenden Informationen ist es jedoch wahrscheinlich, daß der Auftritt Dengs vom Politbüro der KPCh gutgeheißen und vom Chef der ZK-Propaganda-Abteilung Ding Guan'gen, einem Vertrauten Dengs, arrangiert wurde. Die Führung wollte offenbar Gerüchten entgegenreten, daß Deng schon längst verstorben sei. Im nachhinein sollen Ding Guan'gen sowie Partei- und Staatschef Jiang Zemin allerdings die Verantwortung für die mißglückte Medieninszenierung übernommen haben: Sie hätten die Wirkung der Bilder auf die Öffentlichkeit nicht richtig eingeschätzt, die Präsentation Dengs sei unangemessen gewesen. (ZM, 1994/3, S.7)

Gleich im Anschluß an den Bericht über Dengs Auftritt zeigte das Fernsehen eine ebensolange Sequenz über den zweitmächtigsten Veteranen, den Parteioökonom Chen Yun, der zum Frühlingsfest die Führungsspitze Shanghais empfing. Chen Yun, der orthodoxen Positionen zuneigt, war seit Mai 1992 nicht mehr im Fernsehen ge-

zeigt worden. Er äußerte sich grundsätzlich zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung, ließ es sich aber nicht nehmen, auf "Schwierigkeiten und Probleme" mit der gesellschaftlichen Stabilität hinzuweisen, die nur zu lösen seien, wenn die Autorität der Parteizentrale gegenüber regionalen Verselbständigungstendenzen gestärkt werde. Die im letzten Jahr beschlossene Neuordnung des Steuersystems sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der 88jährige kann sich zwar nur noch im Rollstuhl fortbewegen, erschien aber mit seiner lebhaften Mimik und Gestik wesentlich vitaler als Deng. Daß die Reihenfolge des Abtretens der Veteranenführer bedeutende Auswirkungen auf die weitere politische Entwicklung in der VR China haben könnte, wurde in dieser Zeitschrift bereits dargelegt. (Vgl. C.a., 1993/12, S.1152-53; 1994/1, S.38)

Aufschlußreich für die Machtverhältnisse unter den Veteranenkadern ist, daß zum Frühlingsfest die beiden ehemaligen Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses Peng Zhen und Wan Li von vier der sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros (Jiang Zemin, Li Peng, Liu Huaqing und Hu Jintao) aufgesucht wurden (XNA, RMRB, 10.2.94). Peng Zhen (auch er ist inzwischen auf einen Rollstuhl angewiesen) repräsentiert den Justiz- und Sicherheitsapparat unter den Veteranenkadern. Wan Li hat sich seit 1979 als entschlossener Wirtschaftsreformer hervorgetan. Beide Veteranen sollen ihre nachdrückliche Unterstützung für den Übergang zur "Sozialistischen Marktwirtschaft" geäußert haben. Das überrascht besonders im Falle Peng Zhens, der lange Zeit orthodoxe Positionen vertreten hatte, sich in letzter Zeit aber offenbar konzilianter gegenüber der Politik der Wirtschaftsreformen zeigt.

Die 1992 aus den offiziellen Führungsgremien ausgeschiedenen Veteranen Yang Shangkun und Yao Yilin hielten sich zum Frühlingsfest in der Provinz Guangdong auf und wurden vom dortigen ProvinzparteiSekretär Xie Fei (Mitglied des Politbüros) aufgesucht. Yang Shangkun soll während seines Aufenthalts in Guangdong durch mehrere Attentatsversuche bedroht worden sein, deren Motive nicht geklärt sind. (ZM, 1994/2, S.9-10; AFP, Hongkong, 3.2.94, nach SWB, 5.2.94) -hei-

\*(7)

### Politische Leitsätze für das laufende Jahr

"Die günstigen Umstände nutzen (*zhuazhu jiyu*), die Reformen vertiefen (*shenhua gaige*), die Öffnungspolitik ausweiten (*kuoda kaifang*), die Entwicklung vorantreiben (*cujin fazhan*) und die Stabilität aufrechterhalten (*baochi wending*)". Das sind die Leitsätze für die Arbeit der chinesischen Führung im laufenden Jahr, wie sie Partei- und Staatschef Jiang Zemin Anfang Februar in zwanzig Schriftzeichen zusammenfaßte. Das übergeordnete Ziel sei es, eine "nachhaltige, rasche und gesunde Entwicklung" der Volkswirtschaft zu gewährleisten. (RMRB, 5.2.94) -hei-

\*(8)

### Bemühungen um Stärkung der KP-Basisorganisationen

Infolge der Wirtschaftsreformen ist die politische Kontrolle der Kommunistischen Partei über Teile der chinesischen Gesellschaft geschwächt worden. (siehe C.a., 1994/1, S.40). Aus Shandong wurde bekannt, daß "in mindestens 80 Prozent der armen Dörfer" dieser Provinz die Parteizellen nicht regelmäßig zusammentreten. In ländlichen Industrieunternehmen habe die Parteiorganisation "Probleme mit einer unausgeglichenen Entwicklung" in der Arbeit der Führungsgremien. (Shandong Volksradio, 21.1.94, nach SWB, 4.2.94)

Auch in Joint Venture-Unternehmen hat die Parteiorganisation große Schwierigkeiten, Fuß zu fassen. Die Gründung einer Primärorganisation (Parteizelle) mit acht Parteimitgliedern in der Daya-Nuklearanlage (Provinz Guangdong), die auf eine Absprache zwischen Deng Xiaoping und dem Beijing-freundlichen Energieunternehmer Lord Kadoorie aus Hongkong zurückgeht, wurde nun als Modellfall dargestellt. Die Parteizelle werde die Parteimitglieder unter der Belegschaft dazu anhalten, mit größtem Einsatz ihrer Arbeit nachzugehen und eine vorbildliche Arbeitsmoral zu demonstrieren. (SCMP, 7.2.94) Wahrscheinlich werden andere Gemeinschaftsunternehmen diesem Beispiel folgen.

Die KP-Führung ist offenkundig bemüht, den Auflösungserscheinungen auf der Ebene der Basisorganisationen

entgegenzutreten. Partei- und Staatschef Jiang Zemin machte auf einer Inspektionstour durch Armutsgebiete in der Provinz Shanxi deutlich, daß Parteimitglieder sich mit all ihrer Energie für die Interessen des Volkes einsetzen müßten. Er stimmte nachdrücklich den Aussagen eines dörflichen Parteikaders zu, der sagte: "Eine gute Parteizelle muß politisch aufmerksam, ideologisch aufrecht, demokratisch im Arbeitsstil und wirtschaftlich rechtschaffen (*lianjie*) sein". Jiang Zemin fügte hinzu: "Wenn alle dörflichen Parteizellen im Lande so wie deine Parteizelle aussähen, dann ginge unsere Arbeit in ländlichen Regionen leichter vonstatten". (RMRB, 4.2.94) Jiang hatte in den letzten Monaten wiederholt den "Arbeitsstil" von Parteiorganen auf den Dörfern kritisiert und die Parteimitglieder aufgefordert, bei der Bekämpfung von Armut und Mißständen die Führung zu übernehmen.

Auf einer nationalen Konferenz zu Fragen der Schulung von Parteimitgliedern wurde diskutiert, wie man die Qualifikation von Parteimitgliedern verbessern und die ganze Partei für den Aufbau einer "Sozialistischen Marktwirtschaft" mobilisieren könne. Hu Jintao, jüngstes Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros und zugleich geschäftsführend im ZK-Sekretariat tätig, hob hervor, daß sich das "Umfeld, in dem sich Parteimitglieder heute befinden", beträchtlich von dem der Vergangenheit unterscheide. "Die alten Methoden in der Schulung von Parteimitgliedern", also die politisch-ideologische Indoktrinierung, seien nicht mehr anwendbar. Die Arbeit der Parteimitglieder müsse darauf ausgerichtet werden, handfeste "Resultate" vor allem im ökonomischen Bereich zu erzielen. (Xinhua, 21.1.94, nach SWB, 4.2.94) -hei-

\*(9)

### Pläne zur Reform des Staatskader-Systems

Nach Auskunft des Ministers für das Personalwesen, Song Defu, ist eine Reform des Staatskader-Systems und die Neuordnung der öffentlichen Verwaltung mit Hilfe strenger Zugangsprüfungen und Rekrutierungskriterien dringend notwendig. Die chinesische Regierung plane, noch im Jahre 1994 eine Reihe von Verordnungen auszu-

arbeiten, die die Personalorganisation in Verwaltung und Staatsunternehmen neu regeln sollen.

Alle dem Staatsrat zugeordneten Institutionen und die "meisten" Behörden auf der Provinzebene und in Großstädten sollen in diesem Jahr mit der Neuordnung des Personalwesens beginnen. Die chinesische Regierung befürwortet die Einführung leistungsorientierter Auswahl- und Beförderungskriterien und eine Differenzierung der Gehälter innerhalb "vernünftiger Grenzen".

Der Minister deutete zugleich an, daß die angekündigten Gehaltserhöhungen für die 34 Mio. chinesischen Staatskader in diesem Jahr wegen der angespannten Haushaltslage nicht in vollem Umfange verwirklicht werden könnten. Mit dieser Maßnahme sollten die Gehälter auf das Niveau des privaten Sektors angehoben werden, um talentierte Kader im Staatsapparat halten zu können und um die grassierende Korruption einzudämmen. (RMRB, 13.2.94)

In den letzten Jahren haben die chinesischen Verwaltungen nach einer kürzlich durchgeführten Erhebung einen personellen Aderlaß erfahren, der besonders die am besten ausgebildeten und innovationsfreudigsten Arbeitskräfte erfaßte (*Xin Bao*, Hongkong, 16.2.94, nach SWB, 22.2.94). Diese bevorzugen lukrative Jobs in der rasch expandierenden privaten oder quasi-privaten Wirtschaft.

Für die Unternehmen sind erfahrene Kader, die über weitgespannte Beziehungen und eine genaue Kenntnis der Lücken in amtlichen Vorschriften und Kontrollen verfügen, außerordentlich nützlich. Häufig arbeiten Funktionäre auch nebenberuflich als Berater von Unternehmen; die Grenzen zu Amtsmissbrauch und Korruption sind hier fließend. Zurück bleiben in den Verwaltungen vor allem unzureichend qualifizierte oder gesundheitlich angeschlagene Kader, die den steigenden Anforderungen an die staatliche Verwaltung nicht gewachsen sind.

Auch junge Hochschulabsolventen haben nur noch ein geringes Interesse, in den Staatsdienst einzutreten. Manche nehmen Stellen in der staatlichen Verwaltung nur an, um Zugang zu den damit verbundenen Privilegien (städtischer Wohnsitz, vom Staat gestellte Wohnung, soziale Sicherung, Beziehungen) zu bekommen, sich aber nach

kurzer Zeit anderen lukrativeren Nebentätigkeiten zu widmen. Ein solches Verhalten wird in China mit der Metapher des *xiahai*, des "Eintauchens in das Meer" des Kommerziellen belegt. Die Geringschätzung einer Verwaltungskarriere ist auch durch die geringen Aufstiegschancen für talentierte junge Leute bedingt: Anciennität hat bis heute Vorrang vor dem Leistungsprinzip.

Die Gehälter chinesischer Staatsdiener sind so niedrig, daß junge Eheleute, auch wenn beide in einem Ministerium arbeiten, inzwischen kaum noch von ihrem offiziellen Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten können. Chinesische Kinder werden deshalb von ihren Eltern neuerdings mit folgender Warnung zum Lernen angehalten: "Wenn du nicht fleißig bist, dann endest du noch als Kader!". (*Xin Bao*, a.a.O.) -hei-

\*(10)

#### Das alte System der Wohnsitzkontrolle hat ausgedient

Die Ministerien für Öffentliche Sicherheit, für Bauwesen und für Landwirtschaft planen eine Neuordnung des Systems der Haushaltsregistrierung in Kleinstädten und Städten. Bereits auf dem 3. Plenum des XIV. ZK im Herbst 1993 war eine solche Reform befürwortet worden, um den rund 140 Mio. überschüssigen Arbeitskräften aus ländlichen Regionen neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Beabsichtigt ist eine schrittweise Abschaffung der starren Unterscheidung zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung, die das Grundprinzip des in den fünfziger Jahren eingeführten Systems der staatlichen Wohnsitzkontrolle in China darstellt.

Ein städtischer Wohnsitz ist bis heute mit gewissen Privilegien (Ausbildung, soziale Sicherung, Zugang zu Gewerbeerlaubnis) verbunden. Ende 1993 gab es in städtischen Industrie- und Dienstleistungszentren jedoch bereits 116 Mio. Arbeitskräfte, die aus ländlichen Regionen zugewandert sind und gemäß der geltenden Regelung selbst nach einem Aufenthalt von mehr als einem Jahrzehnt nur in Ausnahmefällen einen festen städtischen Wohnsitz erhalten können.

In chinesischen akademischen Kreisen ist umstritten, ob man die Wohnsitzkontrolle lockern solle, um den Zuzug ländlicher Arbeitskräfte und deren gesellschaftliche Integration zu ermöglichen (viele ländliche Zuwanderer fühlen sich in den Städten marginalisiert wie "illegale Einwanderer im eigenen Land" und bilden eine wichtige Rekrutierungsbasis für die organisierte Kriminalität), oder ob eine solche Liberalisierung zu Slumbildungen noch schlimmeren Ausmaßes als beispielsweise in Mexiko führen würde.

Da der Zuwanderungsdruck in städtischen Ballungsräumen stetig zunimmt und eine Steuerung der Wanderungsströme dringend erforderlich macht, hat sich die chinesische Regierung offenbar zu einem Kompromiß entschlossen. In einer schrittweisen Neuordnung soll das alte "zweigleisige" System durch eines mit drei noch nicht näher erläuterten Grundkategorien (ständiger, zeitweiliger und abhängiger Wohnsitz) ersetzt werden. Wohnsitzwechsel sollen künftig mit Rücksicht auf die Aufnahmebedingungen in den einzelnen Städten und unter staatlicher Steuerung grundsätzlich möglich sein.

Einige Städte haben bereits mit dem Verkauf städtischer Haushaltsregistrierungen an Landbewohner experimentiert; einige ermöglichten Sonderregistrierungen speziell für ländliche Investoren; andere gewährten einen städtischen Wohnsitz in Verbindung mit einer besonderen Arbeitserlaubnis. Beijing hat diese Experimente geduldet, obwohl es zu zahlreichen Mißbräuchen und Korruptionsfällen gekommen sein soll. (*Xinhua*, 31.1.94, nach SWB, 2.2.94; DGB, 16.1.94; FEER, 10.3.94, S.27-8) -hei-

\*(11)

#### Zur Lage der Menschenrechte

Die nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation Asia Watch hat im Februar unter dem Titel "Inhaftiert in China und Tibet" (*Detained in China and Tibet*, New York 1994) einen 664 Seiten umfassenden Bericht zur Menschenrechtslage in der VR China veröffentlicht. Der Bericht enthält detaillierte Angaben über 1.700 politische Gefangene und stellt die bisher ausführlichste Dokumentation politischer Repression in der VR China dar.

Nach Einschätzung von Asia Watch, das als bestinformierte Organisation bezüglich innerchinesischer Menschenrechtsverletzungen gilt, war 1993 im Hinblick auf politisch begründete Verhaftungen und Prozesse "das schlimmste Jahr seit 1989/90". Trotz der Freilassung von 37 Dissidenten habe die politische Unterdrückung insgesamt zu- und nicht abgenommen. 250 Personen seien allein im letzten Jahr verhaftet worden, davon 80 Prozent in Tibet; Mönche und Nonnen, die sich für die Unabhängigkeit Tibets einsetzen, seien von den Repressionsmaßnahmen besonders betroffen.

Insgesamt seien wegen politischer Abweichungen weit mehr Personen inhaftiert als die offiziell zugegebenen rund 3.600 verurteilten "Konterrevolutionäre". Irreguläre Gerichtsverfahren und willkürliche Folterungen in Untersuchungshaft und in Arbeitslagern seien weiterhin üblich. Deshalb sei es eines der dringendsten Anliegen, Gefangenenbesuche durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zu ermöglichen. Die westlichen Regierungen müßten ihren Druck auf China in der Menschenrechtsfrage weiter erhöhen, um die Situation politischer Gefangener in dem Land zu verbessern. Die Beijinger Regierung betreibe eine "Politik der Geiselhaltung" und behandle eine kleine Zahl bekannter Gefangener wie Trümpfe, die sie regelmäßig in kritischen Momenten (Olympiabewerbung, APEC-Gipfel, Verlängerung der Meistbegünstigung durch die USA) ausspiele.

Das chinesische Außenministerium wies den Bericht von Asia Watch zurück und warf der Organisation vor, an alten "Vorurteilen" festzuhalten. Das chinesische Volk genieße "ein Leben in Frieden und Zufriedenheit".

Trotz solcher Rechtfertigungsbemühungen geriet China auch bei der 50. Tagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf unter Druck. Die Europäische Union legte einen Resolutionsentwurf vor, der anhaltende Verletzungen der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in China anspricht. Mit Hilfe der Mehrheit der Entwicklungsländer in diesem Gremium konnte Beijing bisher stets die Verabschiedung einer Resolution verhindern, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in China befaßt. Auch der diesjährige Vorstoß der EU wird deshalb wohl erfolglos bleiben.

Der chinesische Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die "Politisierung von Menschenrechtsfragen", die dazu diene, Druck auf bestimmte Länder auszuüben, abgestellt werden müsse. Einige Staaten sähen es offenbar als ihr "gottgegebenes Recht" an, alle anderen außer sich selbst der Verletzung von Menschenrechten zu bezichtigen. Gerade Organisationen wie Amnesty International könnten die wahre Situation in China aufgrund ihrer politischen Voreingenommenheit nicht sachgemäß beurteilen. (NZZ, 23.2.94; SZ, 21./23.2.94; IHT, 24.2.94; Xinhua, 22./25.2.94)

Der jährliche Bericht des US-Außenministeriums zur weltweiten Lage der Menschenrechte stellt für die VR China fest, daß es 1993 "einige positive Schritte" durch die Freilassung einzelner politischer Gefangener gegeben habe und daß die Kontrolle der Kommunistischen Partei über das gesellschaftliche Leben als Folge der Wirtschaftsreformen gelockert sei. Insgesamt bleibe der Menschenrechtsstandard in China aber weit hinter den "international anerkannten Normen" zurück, indem Regimekritiker unverändert unterdrückt und die Amtsmissbräuche im Sicherheitsapparat nicht abgestellt würden. (*The Economist*, 5.2.94, S.64)

Die *Volkszeitung* hat diese Einschätzung in scharfer Form zurückgewiesen. Niemand dürfe anderen sein Konzept von Menschenrechten aufzwingen und die Menschenrechtsfrage zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nutzen. (RMRB, 14.2.94)

Um den Anspruch auf ein eigenständiges chinesisches Menschenrechtskonzept zu untermauern, hatte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua im Januar eine - ziemlich wirre - Klassifizierung von Bürgerrechten vorgelegt, die unter anderem eine Unterteilung in "absolute" und "relative" sowie "primäre" und "sekundäre" Rechte vornimmt. (Xinhua, 18.1.94).

Nach Aussage von Harry Hongda Wu, der insgesamt 19 Jahre in chinesischen Straflagern verbracht hat, nun an der Hoover Institution in Stanford arbeitet und in aufsehenerregenden Werken das Innenleben des chinesischen *Gulag*-Systems bekannt machte (*Laogai*:

*The Chinese Gulag*, Boulder 1992; *Bitter Winds: A Memoir of My Years in China's Gulag*, New York 1994), sind viele der in dem Film *Schindlers Liste* dargestellten Zustände auch in chinesischen Gefangenenlagern anzutreffen. Mehr als zehn Millionen Häftlinge stellten in Zwangsarbeitslagern unter oft barbarischen Arbeitsbedingungen Produkte für den Export her. Der Westen entrüstete sich über das Lagersystem unter Hitler und Stalin, unterschätze aber weiterhin den alltäglichen Terror in chinesischen Straflagern. (IHT, 7.2.94; SZ, 22.2.94; *The Economist*, 2.10.93, S.61-62) -hei-

\*(12)

### Petition für Respektierung der Bürgerrechte

Erst kürzlich wurde ein bereits im Sommer 1993 verfaßtes Petitionsschreiben bekannt, in dem 350 Personen gegen die Verletzung der Bürgerrechte durch die chinesische Polizei protestieren. Die Aktion stand im Zusammenhang mit einem Vorfall in Beijing im Juli 1992. Dort war ein Abgeordneter des Volkskongresses einer nordostchinesischen Stadt in einem öffentlichen Bus in einen Streit verwickelt und in der anschließenden polizeilichen Untersuchung mit Elektroknüppeln (*dianbang*) mißhandelt worden. Der Abgeordnete strengte daraufhin ein Gerichtsverfahren gegen die beteiligten Beamten an. Dieses blieb jedoch erfolglos.

In ihrer Eingabe an die Behörden protestierten die Unterzeichner (darunter Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Rechtsanwälte, Funktionäre, lokale Volkskongreßabgeordnete und einige Dissidenten wie Wang Dan, Liu Xiaobo sowie die "Friedens-Charta"-Aktivisten Liu Nianchun und Zhou Guoqiang [zur "Friedens-Charta" siehe C.a., 1994/1, S.11]) gegen die Amtsmissbräuche durch die Polizei: Wenn schon ein Volkskongreßabgeordneter willkürlich mißhandelt werden könnte, dann seien einfache Leute noch weniger geschützt.

Das Schreiben wurde Ende Januar von den beiden Bürgerrechtsaktivisten Yuan Hongbing, einem Jura-Dozenten der Beijing Universität, und Wang Jiaqi, einem Anwalt, der sich auf Gerichtsverfahren einfacher Bürger gegen staatliche Behörden spezialisiert hat,

veröffentlicht. Sie warfen den Sicherheitsorganen Verletzungen der Interessen und der Würde chinesischer Bürger vor. (*Lianhe Bao*, Hongkong, 28.1.94, nach SWB, 11.2.94)

Inzwischen wurde bekannt, daß die beiden Juristen Yuan Hongbing und Wang Jiaqi Anfang März zusammen mit dem "Friedens-Charta"-Aktivisten Zhou Guoqiang verhaftet worden sind. Ihnen werden "ungesetzliche Handlungen, Unruhestiftung und Störung der sozialen Ordnung" vorgeworfen. (FAZ, 4.3.94) -hei-

\*(13)

### Bevölkerungswachstum

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua wird die chinesische Bevölkerung noch in diesem Jahr auf mehr als 1,2 Mrd. Menschen anwachsen. Nach den Vorgaben einer nationalen Konferenz zur Bevölkerungsentwicklung von 1981 sollte diese Marke eigentlich erst im Jahr 2000 überschritten werden. Ende 1993 hätten insgesamt 1,186 Mrd. Menschen in China gelebt, 1994 werde eine Zunahme um 15,5 Mio. erwartet. Die Geburtenkontrolle funktioniere zwar zufriedenstellend unter der Stadtbevölkerung, Teile der ländlichen Bevölkerung widersetzten sich aber weiterhin der staatlichen Bevölkerungspolitik und ignorierten die festgelegten Geburtenquoten. Schwer kontrollierbar sei der Bevölkerungszuwachs auch unter den massenhaften Zuwandern aus ländlichen Regionen in den Städten, die inzwischen jedes achte über die offiziellen Quoten hinaus geborene Kind auf die Welt bringen. (IHT, 21.2.94) -hei-

---

## Kultur

---

\*(14)

### Reform der Akademie der Sozialwissenschaften

Anläßlich einer Konferenz über die Arbeit der Akademie der Sozialwissenschaften im Jahre 1994 wurde von seiten der Akademieführung wie auch von offizieller Seite erneut der Wille zur Reform der Akademie bekräftigt. Neben der seit Jahren ins Auge gefaß-

ten Struktur- und Personalreform will man jetzt analog zur Akademie der Wissenschaften ebenfalls eine Konzentration auf bestimmte Fächer vornehmen, das Leistungsprinzip einführen und den Aufbau eines Akademiesystems vorbereiten. Wie der Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften, Hu Sheng, in seinem Arbeitsbericht erläuterte, sei es das strategische Ziel, die Akademie zu einem nationalen Zentrum für die philosophisch-sozialwissenschaftliche Forschung auszubauen. Sie soll noch besser der Reform- und Öffnungspolitik entsprechen und auf die Bedürfnisse beim Aufbau der materiellen und geistigen Kultur des Landes ausgerichtet sein. Unter Verzicht auf die Devise, "groß und umfassend" zu sein, wolle man die personellen und finanziellen Ressourcen auf bestimmte Schwerpunktfächer und solche Disziplinen legen, wo man überlegen sei. Zugleich wolle man ein hochqualifiziertes Wissenschaftlerkontingent schaffen und überzähliges und weniger kompetentes Personal abstoßen. (Vgl. RMRB, 26.2.94; Zhongguo Xinwen She, Beijing, 21.2.94, nach SWB, 23.2.94)

Hu Sheng soll sich auf der Tagung kritisch über die Leistung der Akademie geäußert haben. Die Forschungs- und Verwaltungsergebnisse stünden in keinem Verhältnis zu der 5.000 Mann starken Institution. Leute, die jahrelang nichts geleistet hätten, sollten entlassen werden. Die durchschnittliche Zahl an Veröffentlichungen pro Jahr betrage etwa 400 Monographien, 3.000 Abhandlungen (Artikel ?) und 400 Berichte, die für Entscheidungsträger angefertigt werden. Die Akademie müsse versuchen, bessere Leistungen zu erbringen (Zhongguo Xinwen She, a.a.O.).

Zur Einführung des Leistungsprinzips soll ein entsprechendes Begutachtungssystem aufgebaut werden, und es soll speziell Forschungspersonal mittleren und jüngeren Alters herangezogen werden. Schließlich sollen Vorbereitungen zur Einführung des Akademiesystems unternommen werden, um Ansehen und Status der Akademie der Sozialwissenschaften anzuheben. Ähnlich wie bei der Akademie der Wissenschaften, nach deren Vorbild das Akademiesystem verwirklicht werde, sollen auch Wissenschaftler von außerhalb der Akademie und aus dem Ausland zu Akademiemitgliedern ernannt werden. (RMRB, 26.2.94 und Zhongguo Xinwen She, a.a.O.)

Die Reform der Akademie bezieht sich lediglich auf die Verwaltungsstrukturen und die Personalpolitik, nicht jedoch auf die Forschung selbst. Die Sozialwissenschaften sollen auch in Zukunft unter dem Vorzeichen des Marxismus stehen und sich an den Vorgaben durch Partei und Regierung orientieren. Daran wird sich nichts ändern, solange die Akademie der orthodoxen Führung eines Hu Sheng als Präsident und Wang Renzhi als Vizepräsident untersteht. -st-

\*(15)

### Hochschulreform: Studienfinanzierung und Zulassung zum Studium

Die Hochschulreform kommt in diesem Jahr an ausgewählten Universitäten und Hochschulen namentlich in zwei umstrittenen Punkten voran: 1. bezüglich der Selbstfinanzierung des Studiums durch die Studenten, 2. hinsichtlich der Erweiterung der Hochschulautonomie bei der Aufnahme neuer Studenten.

1. China will dazu übergehen, das staatlich finanzierte Studium abzuschaffen. Lediglich in einigen Mangel-fächern, u.a. Pädagogik, zahlt der Staat das Studium, ansonsten müssen die Studenten bzw. deren Eltern die Hochschulausbildung selbst finanzieren. Bei der Verwirklichung dieses Reformzieles geht die Hauptstadt mit gutem Beispiel voran. An zehn Beijinger Universitäten und Hochschulen, darunter die Beijing-Universität, die Qinghua- und Volksuniversität, das Beijinger Fremdspracheninstitut und die Zentrale Kunstakademie, müssen die Studenten, die in diesem Jahr neu zugelassen werden, Studiengebühren zahlen. Diese werden in Beijing pro Jahr 1.000 - 1.500 Yuan betragen. Bei den "alten" Studenten wird noch nach der alten Methode verfahren, d.h. sie bekommen ihr Studium vom Staat finanziert. (GMRB, 4.2.94)

2. In diesem Jahr erhalten auf Versuchsbasis acht Universitäten und Hochschulen in Shanghai und zwei in Nanjing die Genehmigung, sich ihre Studenten selbst auszusuchen. Zu ihnen zählen in Shanghai u.a. die Fudan-, Jiaotong- und Tongji-Universität sowie in Nanjing die Nanjing- und die Dongnan-Universität, die beide in Shanghai versuchsweise Büros zur Aufnahme von Studienbewerbern eröffnet haben. Die zehn Versuchshochschulen dürfen